

Europa

Eßlinger Zeitung vom 09.03.2015



Seite: 5
Quellrubrik: Politik

Ausgabe: Hauptausgabe

Fluglärmgegner nehmen Dobrindt in die Pflicht

Waldshut-Tiengen (lsw) - Nach einem Besuch von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) fordern Betroffene und Politiker die Eindämmung des Schweizer Fluglärms über Süddeutschland. Die gesamte Region und das Land ziehen an einem Strang, sagte die südbadische Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer (parteilos). Nötig sei eine deutliche Unterstützung durch den Bund. Das Nein von Minister Dobrindt zu zusätzlichen Lärmbelastungen sei ein Neuanfang, sagte der Landrat des Schwarzwald-Baar-Kreises, Sven Hinterseh (CDU). Den Worten müssten Taten folgen. Dobrindt hatte am Freitagabend bei einem Bürgerdialog in Waldshut-Tiengen am Hochrhein gesagt, er lehne weitere Belastungen durch Fluglärm ab. Die Schweiz müsse Verträge und Konzepte vorlegen, die zusätzlichen Lärm ausschließen. Den von seinem Vorgänger Peter Ramsauer (CSU) ausgehandelten Fluglärm-Staatsvertrag lehne er daher in der bestehenden Form ab. Es war der erste Besuch des Ministers bei Betroffenen.

Im Anflug auf den Flughafen Zürich nehmen die meisten Maschinen Kurs über deutsches Gebiet. Betroffen sind der Schwarzwald und der Bodensee. Dort gibt es seit Jahrzehnten Widerstand. Organisiert wurde der Dobrindt-Besuch von der CDU Südbaden. Der

Bezirksvorsitzende Andreas Jung und der CDU-Kreisvorsitzende Felix Schreiner erklärten am Samstag, der Bürgerdialog sei ein wichtiger Schritt zu neuem Vertrauen gewesen. Der Minister habe sehr deutlich gemacht, dass er die Interessen der Menschen in Südbaden vertritt. "Wir begrüßen seine eindeutige Absage an eine Ratifizierung des Staatsvertrags in der vorliegenden Form genauso wie seine klare Ablehnung von Mehrbelastungen durch ein neues Flughafen-Konzept", sagten die beiden laut Mitteilung. "Darauf bauen wir jetzt auf."

© PMG Presse-Monitor GmbH

Südkurier Konstanz vom 09.03.2015



Seite: 7
Ressort: Baden-Württemberg

Ausgabe: Hauptausgabe

Fluglärmgegner heizen Dobrindt ein

Verkehrsminister stellt sich den Protesten. Entscheidung über den Staatsvertrag vertagt

VON NILS KÖHLER. **Waldshut-Tiengen** - Die Transparente waren pünktlich ausgerollt, doch der Minister fehlte. Eine gute halbe Stunde dauerte es dann, bis Alexander Dobrindt (CSU), zuvor auf dem Zürcher Flughafen gelandet, durch die Reihen schritt und alle begrüßt hatte. Es ist überaus selten geworden, dass ein Bundesverkehrsminister an den Hochrhein kommt, und das war den 500 Zuhörern einen ordentlichen Applaus wert. Denn längst hat sich in der Region von Hochrhein, Schwarzwald und Bodensee einiges an Unzufriedenheit angestaut: Mit der Rumpf-Autobahn

A98, den offenen Straßenbau-Projekten wie beispielsweise an der B 33, bis zur Nichtelektrifizierung der Hochrheinbahn. Vor allem aber ist da das ungelöste Flugverkehrsproblem durch den grenznahen Zürcher Flughafen, das die Menschen in die Tiengener Stadthalle zog. "Hier Lärm, dort Ruh Zürich ist Ausland, nicht mal EU", prangte in fetter Schrift auf weißem Tuch über dem Eingang der Halle. Schon der Empfang stimmte den Minister aus Berlin auf das beherrschende Thema des Abends ein. Die CDU Südbaden mit dem Bundestagsabgeordneten Andreas Jung an der

Spitze hatte zum Bürgerdialog eingeladen, und gekommen war nahezu alles, was in der Region Rang und Namen hat: Abgeordnete, Staatssekretäre, Bürgermeister, Landräte, Regierungspräsidentin. Auch die Schweiz hatte eine Delegation mit der Generalkonsulin in Stuttgart, Irene Flückiger Sutter, an der Spitze geschickt.

Es war keine leichte Aufgabe, den Unmut, der sich bei den Bürgern in den letzten Jahren angestaut hat, zu kalkulieren. So soll es nach Informationen dieser Zeitung im Vorfeld eine interne Diskussion über den Ablauf gegeben haben.

Doch am Ende sollte das Kalkül aufgehen, am Mikrofon wurde kräftig Dampf abgelassen. Der Abend habe das Vertrauen in Dobrindts Arbeit gestärkt, urteilte Andreas Jung abschließend. Er halte fest: Der Minister lehne den bislang nicht verabschiedeten Staatsvertrag mit der Schweiz in dieser Form ab, so wie auch Mehrbelastungen durch ein neues Betriebskonzept des Flughafens. Darauf gelte es aufzubauen. Jung: "Ich vertraue Alexander Dobrindt." Damit unterstrich der Konstanzener zugleich die Position der südbadischen CDU, die auch Landesgruppenchef Thomas Strobl (CDU) bekräftigte: "Ihr seid in Südbaden nicht allein", sagte er zum Widerstand gegen die Flugverkehrsbelastung. Ein Abkommen, das so unterschiedlich interpretiert werde, sei nur abzulehnen, erklärte Strobl unter Beifall. "Diesen Vertrag geben wir besser ins Haus der Geschichte und machen einen neuen."

Unterschiedliche Lesart

Der Bundesverkehrsminister selbst hatte zuvor in einer Rede "Versäumnisse in der Kommunikation zwischen Deutschland und der Schweiz" unter seinen Amtsvorgängern eingeräumt und sich dazu bekannt, die südbadischen Interessen gegenüber der Schweiz zu vertreten. "Ich werde keinem Konzept zustimmen, das zu einer Mehrbelastung der deutschen Bevölkerung führen wird", sagte er. Bislang sei es nicht gelungen, die "unterschiedlichen Lesarten" aufzuklären. "Eine Ratifizierung des Staatsvertrages wird es so nicht geben", sprach er schließlich, wobei der zweite und nicht minder wichtige Teil seines Satzes im aufbrandenden Beifall fast unterging: "Wenn es keine völkerrechtsverbindli-

che Ergänzung gibt." Abwartend äußerte sich Dobrindt auch zur Alternative, dem geplanten Ostanflugs-Konzept der Schweiz, wonach künftig sämtliche Anflüge in den Schutzzeiten über den Norden geführt werden sollen: Das BAF (B u n d e s a u f s i c h t s a m t f ü r Flugsicherung), dem der Schweizer Antrag inzwischen vorliege, werde die Anregungen des Fluglärmbetrats aufnehmen. Das Gesuch werde objektiv geprüft, versprach der Minister. "Es darf zu keiner Mehrbelastung durch Fluglärm kommen."

Eine Garantie für die Umsetzung der von der ganzen Region mitgetragenen Stuttgarter Erklärung wollte Dobrindt den Menschen aber nicht geben.

In den mehr als zwei Dutzend überwiegend sachlichen Redebeiträgen zu verschiedenen Infrastrukturproblemen der Region gab es teilweise heftige Kritik am Verkehrsministerium. So machte der Bürgermeister der vom Flugverkehr besonders betroffenen Hochrheingemeinde Hohentengen deutlich, dass eine Ergänzung des Staatsvertrages, mit der Berlin und Bern seit langem schon liebäugeln, völkerrechtsverbindlich gar nicht zu regeln sei. Zudem müsse ein Abkommen, das die Menschen schützen soll, auch klare Begrenzungen der Anzahl der Flugbewegungen enthalten. "Das fordert die Schweiz selbst für den Flughafen Basel erfolgreich ein", sagte Martin Benz und bekam dafür stehenden Applaus.

Zweifel an den Worten des Ministers äußerte auch Jörg-Dieter Klatt von der Bürgerinitiative Schwarzwald-Baar-Kreis. Er verwies auf ein Schreiben der Landesverkehrsstaatssekretärin Giesela

Splett (Grüne) an Dobrindt, auf das dieser bislang nicht geantwortet habe. "Unterstützen Sie wirklich die Interessen der Region?", lautete Klatts rhetorische Frage an den Minister. Seine Mitstreiterin vom Hochrhein, Rosemarie Hartmann, forderte Dobrindt auf, wenn er es denn ernst meine, möge er doch die Forderungen der Stuttgarter Erklärung durchsetzen, die bis heute auch vom Land unterstützt wird.

Eindringlich mahnte schließlich der frühere Waldshuter Landrat Bernhard Wütz (CDU) den Minister, den Wünschen der Eidgenossen nachzukommen. "Wir wollen ein gutes Miteinander mit der Schweiz, aber keinen einseitigen Vertrag", stellte er fest. Im Unterschied zu seinen Vorrednern vertraue er jedoch dem Minister. Dobrindt revanchierte sich nach der Veranstaltung bei ihm mit einer Einladung zur Fortsetzung des Dialogs in Berlin.

Volle vier Stunden nahm sich der Minister für die Veranstaltung in Waldshut-Tiengen Zeit, in Einzelgesprächen hängte er noch einmal zwei Stunden dran. Zurück blieb an diesem Freitagabend das Gefühl, dass hier zumindest einer etwas dazu gelernt hat über einen endlos scheinenden Konflikt.

"Diesen Vertrag geben wir besser ins Haus der Geschichte und machen einen neuen."

Thomas Strobl,

CDU-Landesgruppen-Chef

"Das fordert die Schweiz selbst für den Flughafen Basel erfolgreich ein."

Martin Benz,

CDU, Bürgermeister von Hohentengen

Abbildung:

Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU), begleitet von der Waldshuter Abgeordneten Gabriele Schmidt (links), stellt sich in der Tiengener Stadthalle den Protesten von Bürgern. Neben der A 98 und anderen wichtigen Straßenprojekten in der Region dominiert das Thema Fluglärm an der deutsch-schweizerischen Grenze den Abend. BILDER: DPA

Seite: 1
Ressort: Politik
 KOMMENTAR

Ausgabe: Hauptausgabe

Taten gefordert

VON NILS KÖHLER. Respekt, Herr Minister! Wer sich trotz der aufgebrachtten Stimmung über all die ungelösten Verkehrsprobleme an den Hochrhein wagt, beweist zumindest eines: Mut. Davor ziehen die Menschen ihren Hut. Wirklich neu an dem Besuch war das Bekenntnis des Verkehrsministers, weiteren Lärmbelastungen über Südbaden

einen Riegel vorzuschieben. In der Konsequenz würde dies bedeuten, dass die Schweiz Abschied nehmen müsste von ihrem Wunsch nach einer Nordausrichtung bei den Anflügen auf den Zürcher Flughafen. Doch hier werfen Dobrindts Worte viele Fragen auf. Denn so richtig Nein gesagt hat er nicht zu dem umstrittenen Staatsvertrag, im Gegenteil. Das

Abkommen aber wird mehr Lärm in die Region tragen - einerlei ob mit oder ohne deutsch-schweizerische Interpretationsversuche in dessen Anhang. Der Bayer aus Berlin wird also liefern müssen, wenn er will, dass die zarten Hoffnungen, die sein Besuch weckt, nicht in Enttäuschung umschlagen.

© PMG Presse-Monitor GmbH

Südwest Presse vom 09.03.2015



Autor: PETRA WALHEIM
Seite: 6

Ressort: Südwestumschau
Ausgabe: Südwest Presse

Dobrindt sagt Unterstützung zu

Bundesverkehrsminister informiert sich über Fluglärm von Schweizer Flughafen über Südbaden

Den vom Fluglärm betroffenen Südbadenern hat Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt in Waldshut-Tiengen Hilfe zugesagt. Die waren zu Hunderten gekommen - und fordern von ihm nun Taten.

Sabine Schilling-Boller aus Hohentengen am Hochrhein trägt ein Plakat durch die Stadthalle von Waldshut-Tiengen. Darauf steht "Wir brauchen Schutz vor Fluglärm und Schmutz". Auf der Rückseite ist ein schwarzes Flugzeug auf rotem Grund zu sehen. Darüber steht in großen Lettern "Stop". Auch als Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt schon wieder weg ist, trägt sie das Plakat umher - und ist nicht zufrieden. Sie hatte sich vom Besuch des Ministers mehr erhofft.

Die CDU Südbaden hatte Dobrindt zu einem "Bürgerdialog" mit den vom Fluglärm betroffenen Südbadenern eingeladen. Vor allem die Menschen im Südschwarzwald, auf der Baar und am Bodensee sind vom Lärm der Flugzeuge belastet, die den Zürcher Flughafen anfliegen oder in Warteschleifen über der Region kreisen. Seit Jahrzehnten

kämpfen sie mit den Politikern aus Südbaden dafür, dass die Belastungen zumindest nicht zunehmen. Sie sind durchaus bereit, einen Teil der Last zu tragen, schließlich nutzen auch sie den Flughafen. Doch es könne nicht sein, dass Südbaden 80 bis 90 Prozent der Lärmbelastung übernehme, hieß es immer wieder. Nur damit die Schweiz ihre "Goldküste" schützen könne. Damit ist der Zürichsee gemeint.

Dobrindt versicherte, es werde keine Mehrbelastung geben. "Wir werden keinem Konzept zustimmen, das zu einer Mehrbelastung der südbadischen Bevölkerung führt", sagte er unter dem tosenden Beifall der Bürger. Damit meinte er auch die Betriebsreglement-Änderung, die die Schweiz beantragt hat. Die sieht noch mehr Anflüge über Südbaden vor. Dobrindt spricht auch vom Staatsvertrag: "Der Staatsvertrag, so wie er jetzt

ist, wird von mir dem Bundestag nicht zur Ratifizierung vorgelegt werden", betonte er. Wieder tosender Beifall. Diesen Staatsvertrag hatte Dobrindts Amtsvorgänger und CSU-Parteikollege Peter Ramsauer 2012 mit der Schweiz ausgehandelt. Die Eidgenossen haben den Vertrag im Juni 2013 ratifiziert. In Deutschland liegt er seit zwei Jahren auf Eis, weil er für Südbaden eine höhere Lärmbelastung bringen würde.

Auch die grün-rote Landesregierung setzt sich dafür ein, dass der Staatsvertrag in dieser Form nicht ratifiziert wird. Viele Politiker und Betroffene fordern, dass der Vertrag "in die Tonne getreten wird", wie es eine Fluglärm-Gegnerin am Freitagabend formulierte. Er müsse neu verhandelt werden. Sie halte nichts von Nachverhandlungen und Ergänzungen.

Das hat Dobrindt aber vor. Das machte

er in der Schlussrede klar. Der Vertrag müsse nur präzisiert werden, um ratifiziert werden zu können, sagte er. Die Frage sei, wo er verändert werden müsse, damit die Interessen der Südbadener gewahrt werden. Seiner Ansicht nach ist es an der Schweiz, ein Angebot vorzulegen, "das annehmbar ist". Dem widersprach ein Architekt aus Hohentengen. "Wir wollen, dass Sie

sagen, wo es langgeht", forderte er von Dobrindt. "Und wir wollen von Ihnen hören, dass sie die Stuttgarter Erklärung durchsetzen." Diese Erklärung hatten die politisch Verantwortlichen aus Südbaden 2009 formuliert. Sie fordert unter anderem, dass pro Jahr maximal 80 000 Anflüge über Südbaden erfolgen dürfen. "Ich glaube Ihnen, dass Sie unsere Interessen vertreten, aber ich kann das noch

nicht so erkennen", sagte Martin Benz, Bürgermeister in Hohentengen. Seit Jahren exportiere die Schweiz die Belastungen nach Südbaden. "Es gibt überhaupt keine Berechtigung, Lärm in so einem Ausmaß ins Ausland zu exportieren", rief Benz in die Halle und ertete stehende Ovationen.

Abbildung: Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt hörte sich in Waldshut-Tiengen die Klagen der Südbadener über den zunehmenden Fluglärm an. Foto: dpa

© PMG Presse-Monitor GmbH

Neue Zürcher Zeitung - Internationale Ausgabe vom 09.03.2015

Neue Zürcher Zeitung

Autor: Andreas Schürer, Waldshut-Tiengen **Ausgabe:** Neue Zürcher Zeitung - Internationale Ausgabe
Seite: 33 **Nummer:** 56
Ressort: Zürich und Region

Berlin lässt Staatsvertrag in der Schublade

Der deutsche Verkehrsminister Alexander Dobrindt äussert sich in Waldshut-Tiengen erstmals zum Flughafen Zürich

Für den deutschen Verkehrsminister Alexander Dobrindt ist der Fluglärm-Staatsvertrag ungenügend. Es brauche zwingend verbindliche Zusätze zu strittigen Fragen, fordert er. Die Schweiz sei am Zug.

Darauf haben die Südbadener lange gewartet: Berlin kam nach Waldshut-Tiengen, der Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) hat sich am Freitagabend der Diskussion über Fluglärm gestellt. An Stoff für Debatten mangelt es nicht. Auf parteiübergreifende Ablehnung stossen in Südbaden sowohl das Flugverkehrsabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz als auch das vom Flughafen Zürich beantragte angepasste Betriebsreglement 2014.

Der Aufmarsch zu dem von der CDU Südbaden organisierten Anlass in der Stadthalle Tiengen war denn auch gross. Rund 600 Zuhörer kamen, viele machten kein Hehl daraus, dass sie massive Mehrbelastungen fürchten und dass sie statt auf den Staatsvertrag lieber auf weitere einseitige Beschränkungen des süddeutschen Luftraums setzen wollen. Heute schon gelten Sperrzeiten frühmorgens und ab 21 Uhr beziehungsweise ab 20 Uhr an Wochenenden. Die Halle war voll mit Plakaten von Fluglärmgegnern. Der Tenor: «Hier Lärm, dort Ruh, Zürich ist Ausland, nicht mal EU.» Oder schlicht: «Es reicht.»

Nicht so drastisch äusserte sich der Bundestagsabgeordnete Andreas Jung (CDU). Er hielt jedoch fest: «Wir wollen eine gute Nachbarschaft mit der Schweiz, aber auch eine gerechte Verteilung des Fluglärms.» Diese werde mit dem Staatsvertrag und dem neuen Betriebsreglement nicht gewährleistet. Mehrere Landräte äusserten sich ähnlich - stets unter grossem Beifall.

«Es braucht Ergänzungen»
Verkehrsminister Dobrindt liess die Zuhörer zunächst wissen, dass er nicht entscheide, bevor er mit den Betroffenen geredet habe. Mit Blick auf ein Plakat, in dem er darauf hingewiesen wurde, dass er kein Schweizer Bundesrat sei, sagte Dobrindt: «Das stimmt, ich bin deutscher Verkehrsminister - entsprechend setze ich mich für die Interessen Südbadens ein.» Grundsätzlich werde er keinem Konzept zustimmen, das der Region eine Mehrbelastung bringe. Bezüglich des in Berlin auf Eis liegenden Fluglärmabkommens, das von den eidgenössischen Räten bereits ratifiziert wurde, redete Dobrindt Klartext: «Eine Ratifizierung des Staatsvertrags, so wie er jetzt vorliegt, wird es nicht

geben.» Bevor er das Geschäft dem Bundestag zur Ratifizierung vorlege, brauche es zwingend völkerrechtlich verbindliche Ergänzungen zu strittigen Punkten. Berlin habe diese in Bern deponiert - nun sei die Schweiz am Zug, etwas Verbindliches vorzulegen.

Strittig sind unter anderem die Ausgestaltung des gekröpften Nordanflugs, der morgens eingesetzt werden soll, und vor allem die Zahl der möglichen Anflüge über Süddeutschland. Auf eine Plafonierung wird in dem Abkommen verzichtet - die Interpretationen der erwarteten Anflüge über Südbaden gingen aber weit auseinander. Deutschland rechnet mit höchstens unwesentlich mehr als jährlich 80 000 Bewegungen, die Schweiz nannte die Zahl von maximal möglichen 110 000 Anflügen. Dobrindt, der das Dossier im Dezember 2013 von seinem Vorgänger Peter Ramsauer (CSU) erbe, sagte in Tiengen, es sei schwer nachvollziehbar, dass nach langen und zähen Verhandlungen solche Diskrepanzen auftreten könnten. Um den Dialog weiterführen zu können, müsse nun die Schweiz auf die an sie adressierten Fragen klare Antworten lie-

fern.

Ostkonzzept wird geprüft

Verschiedene Redner sagten danach, dass der Staatsvertrag nicht mehr zu retten sei. Ein Abkommen, das so verschiedene Interpretationen zulasse, sei «hundsliegenderlich verhandelt», sagte Martin Benz, Bürgermeister von Hohentengen. Er höre gerne, dass Dobrindt die Interessen der Region wahrnehmen wolle - nur könne er das noch nicht erkennen. Tosen Applaus erntete Benz mit der Aussage, es gebe überhaupt keinen Grund, Lärm in dem Mass, wie der Flughafen Zürich ihn verursache, in einen Nachbarstaat zu exportieren. Andere forderten eine fixe Beschränkung der Landungen über die Schwarzwald-Region. Weniger stark gewichtet die Region offenbar den Vor-

teil, dass die Sperrzeiten stark ausgebaut werden sollen: Neu gäbe es jeden Tag ab 18 Uhr keine Überflüge mehr. Ein anderes Ärgernis ist für Südbaden das beantragte Betriebsreglement 2014, zu dem die deutsche Bundesregierung die Zustimmung geben muss. Ziel des Flughafens Zürich ist es, das Ostkonzept zu entflechten. Abflüge sollen im südlichen Raum, Anflüge im Nordosten des Airports konzentriert werden. Südbaden moniert, dass auch während der Sperrzeiten alle anfliegenden Flugzeuge von Norden her auf die Piste 28 geführt werden sollen, weil die Reihung der Maschinen an der Grenze zu Deutschland erfolgt. Für den Konstanzer Landrat Frank Hämmerle ist es schlicht eine verkappte Rückkehr zur Nordausrichtung des Flughafens.

Die Schweizer Seite stellt sich auf den Standpunkt, dass die Entflechtung die Sicherheit erhöhe und wegen der Höhe der Flugzeuge keinerlei Mehrbelastung für die Bevölkerung entstehe. Dobrindt sagte in Tiengen, dass genau diese Darstellung der Schweiz gegenwärtig von deutschen Fachleuten geprüft werde. Auch bezüglich der Entflechtung des Ostkonzepts werde er die Interessen Südbadens vollumfänglich wahrnehmen: «Das Ostanflugkonzept darf zu keiner Mehrbelastung der Region führen.» Ein Votant konterte: «Wir brauchen keine Prüfung, wir brauchen ein entspannendes Nein.»

© PMG Presse-Monitor GmbH

die tageszeitung vom 09.03.2015



Seite:	08	Ausgabe:	Hauptausgabe
Ressort:	Wirtschaft und Umwelt	Nummer:	10659
Weblink:	http://www.taz.de/pt/2015/03/09/a0052.nf/text		

ELSASS

AKW Fessenheim wieder am Netz

STRASSBURG | Block 1 des elsässischen Atomkraftwerks Fessenheim an der deutschen Grenze ist nach Reparatur einer undichten Rohrleitung wieder in Betrieb. Vor dem Neustart seien die erforderlichen Kontrollen erfolgreich

abgeschlossen worden, teilte der Stromkonzerns EDF am Samstag mit. Die Stromproduktion war am vorletzten Samstag wegen des Lecks außerhalb der Nuklearzone gestoppt worden. Das Kernkraftwerk stand damit komplett

still. Fessenheim ist seit 1977 in Betrieb, es ist das älteste AKW Frankreichs. (dpa)

Urheberinformation: TAZ Verlags- und Vertriebs GmbH

© PMG Presse-Monitor GmbH